

L 70000
39
1917-19
23. VII. - 14. VIII.
Handel u. Gew.
B
Innenhandel
7

Logische Kunden

23. V. 1918

90 A

Die nahe Zukunft unserer Wirtschafts- und Handelspolitik.

Rechtzeitig und zweckmäßig hat die Reichsregierung die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft vorbereitet, indem sie in das hierfür geschaffene Reichskommissariat neben einem Hamburger Großkaufmann und Senator als Vorsitzendem eine Reihe hochangesehener Vertreter unserer Gewerbetätigkeit als Mitglieder berufen hat. Damit wird vorerst eine gewisse Gewähr geleistet, daß die verantwortungsvolle und äußerst schwierige Arbeit nicht nach bürokratischen und fiskalischen Gesichtspunkten verrichtet, sondern Industrie und Handel ausgiebig Gelegenheit geboten werden soll, ihre in jahrzehntelanger Praxis gewonnenen Erfahrungen zielbewußt zu verwerten. Eine recht verdienstvolle Arbeit für die Uebergangswirtschaft hat übrigens auch der neubegründete Zentralverband des deutschen Großhandels geleistet, indem er weitsichtig und sachkundig ein Wirtschaftsprogramm entwarf, das zwar dem Großhandel eine angemessene Mitarbeit an der Lösung der Aufgabe sichern soll, im übrigen aber, wie man anerkennen muß, die nationalwirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellt. Weit entfernt, eine Politik des Gehens und Geschehenlassens sofort nach dem Friedensschlusse zu befürworten, fordert der Zentralverband zur Wiederherstellung unserer stark in Mitleidenschaft gezogenen Währungsverhältnisse wirksame Beschränkungen bei der Einfuhr, staatliches Eingreifen beim Wareneinkauf im Auslande, zweckmäßige Verteilung (unter staatlicher Aufsicht) der eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate zur möglichst gleichmäßigen Wiederbelebung der heimischen Gewerbezweige u. a. m. Ohne Rücksicht auf die Dauer des Krieges dürften diese Forderungen Geltung erlangen, weil sie eine ausreichende Gewähr für baldmöglichste Herstellung normaler Handelsbeziehungen bieten. Welche Zeitdauer freilich dieses Ziel beansprucht, läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen; nur soviel scheint festzustehen, daß mit der Dauer des Krieges auch der Fortbestand der Uebergangswirtschaft verlängert werden wird. Keinesfalls wird aber in Frage kommen dürfen, die durch den Krieg verursachten Hemmungen von Handel und Verkehr länger aufrechtzuerhalten, als es die staatswirtschaftlichen Notwendigkeiten, insbesondere die militärische Lage, geboten erscheinen lassen. Denn mehr als je muß unsere Wirtschaftspolitik darauf eingestellt werden, einer fruchtbaren Handelspolitik freie Bahnen zu öffnen, nachdem wir erkannt haben, welche reiche Quellen des Nationalwohlstandes uns durch den auswärtigen Handel, der im Jahre 1900 erst 10,5, im Jahre 1905 schon 13,2, dagegen 1913, dem letzten Friedensjahre, 21,5 Milliarden Mark betragen hatte, erschlossen worden sind.

Welche Wege unsere künftige Wirtschafts-, d. h. Zollpolitik einschlagen muß, wird schlüssig erst nach dem Friedensschlusse beurteilt werden können. Alsdann werden auch die Fragen der wirtschaftlichen Annäherung mit unseren Verbündeten wirklich spruchreif werden. Daneben wird in Erwägung zu ziehen sein, inwieweit etwa grundsätzliche, in den Friedensverträgen festgelegte Vereinbarungen mit den jetzt feindlichen Staaten das Wirtschaftsleben beeinflussen könnten. Im allgemeinen wird man anerkennen müssen, daß das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902, welches die Grundlage zum Abschluß von Handelsverträgen bildete und am 1. März 1906 wirksam wurde, sich wohl bewährt hat. Denn der auswärtige Handel hat sich während des Zeitraumes 1905—13 um 60 v. H. vermehrt, obwohl er doch schon 1905 eine achtunggebietende Höhe erreicht und damals nur von dem Großbritanniens im Weltverkehr übertroffen wurde. Unter der Herrschaft dieses vielverlästerten Zolltarifgesetzes hat sich der Unterschied zwischen Warenein- und -ausfuhr stetig verringert; wir waren auf dem besten Wege, das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr herzustellen und schließlich von einer passiven zu einer aktiven Handelsbilanz zu gelangen. Und was bei der Würdigung des Zolltarifes besonders beachtenswert erscheint: es hat besonders den Bestrebungen Rechnung getragen, durch Vermehrung der Rohstoffeinfuhr unsere heimische Gewerbetätigkeit zu befruchten und zugleich die Ausfuhr kräftig zu fördern. Dazu folgende statistische Belege; unsere Einfuhr war im Zeitraum 1900—13 u. a. gestiegen:

bei Baumwolle von 318 auf 607 Mill. M., bei Kupfer von 195 auf 335 Mill. M., bei Wollen- und Baumwollengarn von 175 auf 225 Mill. M., beim Weizen von 171 auf 417 Mill. M., bei Schafwolle von 261 auf 413 Mill. M.

Und gleichzeitig war unsere Ausfuhr gestiegen: bei Maschinen aller Art von 229 auf 650 Mill. M., bei Eisenwaren von 139 auf 652 Mill. M., bei Steinkohlen und Eis